

# Zeichen der Unterstützung für Bauern

Das Freiburger Stimmvolk hat mit 85 Prozent den Bundesbeschluss über die Ernährungssicherheit noch klarer als der Rest der Schweiz angenommen. Ein starkes Argument für kommende Debatten.

---

Urs Haenni

---

**FREIBURG** «Es ist ein Verfassungsartikel: Darauf kann man aufbauen.» Adrian Brügger, Vize-Präsident der SVP Freiburg und Landwirt in Düdingen, nahm das klare Ja zum Bundesbeschluss über die Ernährungssicherheit mit Befriedigung zur Kenntnis. «Für alle, die im Ernährungssektor tätig sind, ist dieser Volksentscheid sehr wichtig.» Dass der Kanton Freiburg mit 85,2 Prozent noch klarer zustimmte als der Rest der Schweiz, ist für Brügger

ger Ausdruck des Stellenwerts der Landwirtschaft im Kanton.

CVP-Nationalrätin Christine Bulliard erinnert gegenüber den FN daran, dass zuerst eine Initiative des Bauernverbandes im Raum gestanden war, dass aber erst der Gegenentwurf des Bundes eine breite Mehrheit fand. Der Entscheid zeige, dass das Stimmvolk den Schutz der natürlichen Ressourcen sowie die Förderung von saisonalen und einheimischen Produkten unterstütze und die Verschwendung bekämpfen will, so die Präsidentin von «Pays

romand – pays gourmand». «Es zeigt auch die Wertschätzung der Bauernfamilien durch die Bevölkerung.» Zudem würden die Weichen gestellt, dass die Schweizer Landwirtschaft den Selbstversorgungsgrad von heute unter 50 Prozent wieder auf gegen 60 Prozent erhöht.

Prisca Vythelingum, Vize-Präsidentin der Freiburger Grünen, sieht im gestrigen Ergebnis ein Votum für eine nachhaltige Ernährung. «Es muss in Richtung einer qualitativ guten statt einer intensiven Produktion gehen.»

«Das Schweizer Stimmvolk will wieder eine produzierende Landwirtschaft», sagte SVP-Nationalrat Pierre-André Page. Der Verfassungsartikel gebe nur einen Rahmen vor, aber die grosse Zustimmung sei ein starkes Argument für landwirtschaftliche Anliegen. «Das Abstimmungsergebnis kann schon bei der kommenden Budget-Debatte entscheidend sein», so Page. «Da steht eine Reduzierung der Landwirtschaftsbeiträge von 100 Millionen Franken im Raum.»